

Deutsche Volksgenossen!

Die grenzenlose Netze des internationalen Judentums gegen das **nationale Deutschland** bedingt sofortige **Abwehrmaßnahmen des deutschen Volkes.**

Keinem Juden wurde in Deutschland ein Haar gekrümmt, und doch versorgen in Deutschland lebende Juden durch bewußte Lügen und gemeine Verleumdungen die Auslandspresse mit Graueinrichtungen schlimmerer Art. Alle Warnungen an in Deutschland lebende Juden waren umsonst.

Das deutsche Volk schreitet nun zur Selbsthilfe.

Kein Deutscher kauft weiterhin bei Juden. Keine ehrliche deutsche Frau betritt noch ein jüdisches Warenhaus.

Die **Volksbewegung des Boykotts aller jüdischen Geschäftshäuser** setzt morgen vormittag 10 Uhr auf der ganzen Linie ein.

Wir warnen alle nationalen Kreise Flensburgs in den aufgeführten Geschäften zu kaufen bezw. mit diesen Geschäften in Verbindung zu treten.

Wer es trotzdem tut ist geächtet und ein Lump und Verräter am deutschen Volk.

Zu meiden sind:

Fa. Wohlwerth, Holm 41
• Rath & Co., Holm 30-34
• Lindor, Holm 39
• Tack & Co., Holm 23
• Nord-Radio, Holm 9
Schuhhaus Bata, Holm 22-26
Fa. Katz, Holm 66
• Gebr. Grabbe, Flensburger Hof
Central-Schuhhaus, Großestr. 32

Fa. Löwenthal, Norderstr. 27-29
• Fertig, Norderstraße 145
Dentist Stern, Angelburgerstraße
Versicherungskonzerne:
Agrippina, Allianz,
Gerling-Konzern, Germania,
Nordstern, Viktoria, Dresdener,
Frankfurter und Gotbaer
Versicherungsgesellschaften

Wir fordern:

Fort mit Juden aus öffentlichen Aemtern.

Kein Deutscher geht zu einem jüdischen Rechtsanwalt.

Kein Deutscher zum jüdischen Arzt.

Die **Boykottbewegung** wird solange geführt bis die **jüdischen Rassegenossen im Ausland ihre volkverbrecherischen Hetzereien einstellen.**

Deutschland den Deutschen!

Aktionsausschuß zur Durchführung der Boykottbewegung der N.S.D.A.P. (Stadtkreis Flensburg)

Bettina Goldberg

„Im Großen und Ganzen aber verhielt sich die Bevölkerung passiv“

Der antijüdische Boykott am 1. April 1933 in Schleswig-Holstein

Unter dem Datum des 12. März 1933 nahm der Kieler Rabbiner Dr. Arthur Posner in seiner Chronik der jüdischen Gemeinde folgenden Eintrag vor: „In der Nacht zum Sonntag, den 12.3. ereignete sich in Kiel eine schwere Bluttat: [...] nach zwei Uhr läuteten zwei Personen stark an der Wohnung des Rechtsanwalts Spiegel und wünschten Einlass, mit den Worten: ‚Polizei, sofort aufmachen!‘. Die Frau riet ab, zu öffnen, aber er sagte: ich habe Nichts zu fürchten. [...] er öffnete und erhielt ohne jeden Wortwechsel einen Kopfschuss und verschied auf dem Wege zum Krankenhaus. Der Sohn erkannte, dass mindesten[s] einer der Täter die Nazi-Zeichen trug.“¹

Knapp zwei Wochen nach dem tödlichen Schuss auf Dr. Wilhelm Spiegel wurde in Kiel ein weiterer Mord an einem Juden verübt, und mit Dr. Friedrich Schumm traf es wiederum einen Rechtsanwalt. Schumm, der seit 1928 in Neidenburg (Ostpreußen) lebte, war Ende März 1933 in seine Geburtsstadt Kiel gekommen, um seine Eltern zu besuchen, die in der Kehdenstraße 16 ein Möbelgeschäft betrieben. Als am 1. April 1933 die Nationalsozialisten reichsweit einen Boykott gegen jüdische Geschäfte durchführten, nahmen auch vor dem Laden der Familie Schumm SS-Männer Aufstellung, um möglichen Kunden den Eintritt zu verwehren.

Friedrich Schumm geriet in ein Handgemenge mit den Posten, wurde mit Schlägen bedroht, zog eine Pistole und gab einen Warnschuss ab. Ob durch diesen Schuss oder durch einen der nachfolgenden, die von den SS-Posten abgefeuert wurden, ist unklar – jedenfalls wurde im Laufe der Auseinandersetzungen einer der SS-Leute verletzt. Daraufhin drangen „ca. 30 – 40 Mann“ in den Laden ein und zerstörten „sämtliche vorhandenen Möbel, Teppiche und sonstige Lagerbestände“.²

Schumm war inzwischen geflohen und hatte sich in Polizeigewahrsam begeben. Gegen 12.30 Uhr wurde er in das Polizeigefängnis eingeliefert; nicht einmal drei Stunden später war er tot. „Der nationalen Bevölkerung in ganz Kiel hatte sich eine ungeheure Empörung bemächtigt, weil ein Jude Blut eines deutschen SS-Mannes vergossen hatte“, schrieb Polizeipräsident Otto Graf zu Rantzau in seinem Bericht. „Als die Menge dazu ansetzte, die Gefängnistür [...] mit Gewalt zu sprengen, erteilte ich schließlich [...] die Anordnung, die Tür zum Gefängnis freizugeben. [...] Nach Freigabe des Ein-



Rechtsanwalt Dr. Friedrich Schumm

Quelle: Sammlung Hauschild-Stat./Jüdisches Museum Rendsburg

gangs zum Gefängnis stürmten etwa 30 bis 40 Mann in das Gefängnis, bemächtigten sich der Schlüssel zu den Zellen, fanden den inhaftierten Schumm und gaben auf diesen sofort – 14.50 Uhr – etwa 30 Schüsse ab, von denen etwa 12 Schüsse Schumm trafen und ihn sofort tödlich verletzten. Gleich danach entfernten sich die Schützen aus dem Gefängnis und verteilten sich unter der draußen harrenden Menge.“³

In den Erinnerungen ehemaliger Mitglieder der Kieler jüdischen Gemeinde an die ersten Monate nach der NS-Machtübernahme nehmen die Morde an den Rechtsanwälten Spiegel und Schumm einen zentralen Raum ein. Was durch die zeitliche Distanz jedoch eher verblasst, sind die Unterschiede zwischen diesen beiden Gewalttaten. Dr. Wilhelm Spiegel war Sozialdemokrat, gehörte in

dieser Eigenschaft seit 1911 der Kieler Stadtverordnetenversammlung an und kandidierte auch bei den letzten Kommunalwahlen, die am 12. März 1933 – also unmittelbar nach seiner Ermordung – stattfinden sollten, wieder für die SPD. Als Anwalt beriet er seine Partei in Rechtsfragen und übernahm außerdem in der Endphase der Weimarer Republik häufig die Verteidigung von Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich dem Straßenterror der SA entgegengestellt hatten. In seinem letzten großen Gerichtsverfahren, dem „Hitler-Wurbs-Prozess“, vertrat er im Frühjahr 1932 die sozialdemokratische *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* gegen die NSDAP.⁴

All diese Aktivitäten zusammengenommen machten Spiegel zu einer stadtbekanntem und bei den Nationalsozialisten ebenso gefürchteten wie verhassten Persönlichkeit. Der Mordanschlag galt sicher auch dem Juden, mehr noch aber galt er dem politischen Gegner Spiegel. Er fügt sich damit ein in die unmittelbar nach der „Machtergreifung“ verstärkt einsetzende Bekämpfung der politischen Linken, die Juden vor allem als Parteigänger von KPD oder SPD traf.

Dr. Friedrich Schumm hingegen war politisch ein unbeschriebenes Blatt. Er musste sterben, weil er Jude war. Dass es gerade ihn traf, war einer Kette von Zufällen geschuldet; dass es überhaupt zu einem solchen Exzess kam, war indes keineswegs zufällig. Für die radikalisierten Anhänger der NS-Bewegung war nun der Zeitpunkt gekommen, die jahrelang propagandistisch verbreiteten antisemitischen Grundsätze in die Praxis umzusetzen.

Die Vertreter der alten Eliten, wie Polizeipräsident Rantzausie repräsentierte, waren gewillt, sich dem neuen System anzudienen, auch wenn dies einen Bruch mit allen Grundsätzen des Rechtsstaats bedeutete. Durch das Zusammenwirken beider Verhaltensmuster wurden Bedingungen geschaffen, die den Lynchmord an Dr. Friedrich Schumm ermöglichten.

„Wilde“ Boykottaktionen im Vorfeld

Der reichsweite Boykott jüdischer Waren, Geschäfte, Rechtsanwaltskanzleien und Arztpraxen am 1. April 1933 war die erste zentral geleitete anti-jüdische Aktion im Dritten Reich. Vorausgegangen waren „wilde“ Boykottaktionen, die verstärkt nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 eingesetzt hatten und von der NSDAP, der SA sowie insbesondere dem „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“ initiiert und getragen wurden.⁵ Ihren Ausgangspunkt hatte die antisemitische Welle in den Städten der Rhein-Ruhrregion.⁶ Spätestens ab dem 11. März kam es auch auf dem Gebiet des heutigen Schleswig-Holstein zu Übergriffen auf jüdische Geschäfte.

Aus Lübeck ist überliefert, dass die SA am 12. März Postensperren vor den Warenhäusern errichtete und deren Schließung erzwang.⁷ In Neumünster schlugen „unerkannt“ gebliebene Täter, so die Lokalpresse, am 11. und 12. März die Scheiben mehrerer Läden ein, darunter vier Schaufenster des Einheitspreisgeschäftes „Kadepra“, das daraufhin „auf Grund sicherheitspolizeilicher Maßnahmen“ geschlossen wurde.⁸ In Itzehoe suchte die SA am 13. März die Schließung des „Kaufhauses Union“ zu erzwingen, ebenfalls ein Einheitspreisgeschäft, das von der Familie Abraham betrieben wurde. Hier trafen die Nationalsozialisten allerdings auf Gegenwehr, die aus Kreisen der noch nicht völlig zerschlagenen Arbeiterbewegung kam.⁹

Soweit die Ereignisse, die von der Presse aufgegriffen wurden. Darüber hinaus muss von einer Vielzahl kleinerer Übergriffe ausgegangen werden, die jedoch in der Regel einer breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt wurden. Einen Eindruck von den Methoden, derer sich die Nationalsozialisten vor Ort bedienten, vermittelt das folgende Gedächtnisprotokoll über einen Vorfall, der sich im Pfand- und Leihhaus von Jonni Hirsch in der Kieler Fischerstraße abspielte: „Am 11. März 1933 vormittags 10 3/4 Uhr erschienen bei mir 4 Nationalsozialisten von der S.S., fragten ohne Einleitung, wer ich wäre und wo der Chef steckt. Darauf ich: ich bin der Angestellte und Herr Hirsch ist nicht da. „Dann bestellen Sie dem Hirsch, er soll seinen Saftladen dicht machen; kommen wir heute wieder und Sie sind noch hier, dann wird die Bude ausgehoben; haben Sie mich verstanden?“¹⁰

Einstweilen beließen es die SS-Leute bei dieser Drohgebärde, und auch andernorts trat wohl ab Mitte März eine gewisse Beruhigung ein. Dies

änderte sich allerdings gegen Ende des Monats, als sowohl aus Kiel als auch erneut aus Neumünster gewalttätige Übergriffe gemeldet wurden. Ziel in Neumünster war wiederum das am Großflecken gelegene Einheitspreisgeschäft „Kadepra“, in dessen Verkaufsraum es am 27. März, dem Tag der Wiedereröffnung, „zwischen sog. Halbstarken zu einer Schlägerei“ kam, in deren Verlauf „die Waren von den Ladentischen gerissen und viele Wertgegenstände zerbrochen oder zertrampelt wurden“, was dem *Holsteinischen Courier* zufolge abermals die polizeiliche Schließung des Geschäfts zur Folge hatte.¹¹ Wer diese „Halbstarken“ waren, kann man der Zeitung nicht entnehmen, wohl aber einer Selbstdarstellung der Rendsburger SS, in der es heißt: „Eine Abordnung von ca. 40 SS-Männern tritt als Käufer in einem Epa-Laden in Neumünster auf. Hierbei ging der ganze Laden zu Bruch.“¹² Der Hamburger jüdische Kaufmann Haag, einer der Gesellschafter der „Kadepra GmbH“, erlitt daraufhin „einen schweren Herzanfall, an dessen Folgen er am nächsten Tag verstarb.“¹³

Über die Ereignisse in Kiel existiert ein ausführlicher Bericht der rechtsbürgerlichen *Kieler Neuesten Nachrichten*, der zeigt, dass zu diesem frühen Zeitpunkt die Presse noch nicht völlig gleichgeschaltet war. Dem Bericht zufolge erschienen am späten Nachmittag des 28. März „vor einer Reihe von Geschäften in der Holstenstraße Abteilungen der Hitler-Jugend und der SA und forderten das Publikum [...] auf, nicht mehr in jüdischen Geschäften und Warenhäusern zu kaufen. Die betreffenden Geschäftsleitungen wurden veranlaßt, die Schaufenster unbeleuchtet zu lassen.“¹⁴

Beschränkten sich die Nationalsozialisten hier – im unmittelbaren Zentrum der Stadt – wohl weitgehend auf verbale Angriffe gegen die jüdischen Geschäftsinhaber, so waren sie bei einer zeitgleich an der Peripherie durchgeführten Aktion nicht so zurückhaltend. „Leider scheint es bei den Vorgängen in den Spätnachmittagsstunden zu höchst bedauerlichen Ausschreitungen in der Holtener Straße gekommen zu sein“, heißt es in der Zeitung weiter. „Nach einem uns zugehenden Bericht wurde dort ein 78 Jahre alter Geschäftsmann von einem Trupp Jugendlicher aus seinem Laden herausgeholt und auf der Straße schwer mißhandelt. Als der Sohn hinzukam, gelang es dem alten Manne, zu flüchten, worauf die Menge sich gegen den Sohn wandte, der sich zur Wehr setzte und dann sich in sein Geschäft zurückzog, wo er die Tür verriegelte. Während er dann versuchte, das Überfallkommando herbeizurufen, stürmte eine erregte Menge das Geschäft und trieb den Sohn mit Schlägen ins Freie und dann die Holtener Straße hinab. Durch das Eingreifen eines Polizeibeamten wurde der Sache ein Ende gemacht.“

Der Vorfall wurde allgemein bekannt unter den Juden Kiels, und so sind auch die Namen der Betroffenen überliefert. Es handelte sich um den

Kaufmann Emil Pietsch, der in der Holtenauer Straße 32 ein Herrenaustattungsgeschäft betrieb und der zwar nicht 78, wohl aber fast 67 Jahre zählte, außerdem um seinen Sohn Karl, der im Ersten Weltkrieg als deutscher Offizier an der Front gekämpft hatte und dafür auch ausgezeichnet worden war. Ins Visier des nationalsozialistischen Mobs waren sie geraten, weil sie es gewagt hatten, Karls Uniform und Auszeichnungen sowie ein Bild seines im Krieg gefallenen Bruders Fritz im Schaufenster zu zeigen und damit den Patriotismus der Familie auch öffentlich unter Beweis zu stellen.¹⁵ Die NS-Zeitung *Volkskampf* parierte den Bericht der *Kieler Neuesten Nachrichten* mit der Bemerkung, in der Holtenauer Straße sei nur „ein frech gewordener Judenbengel verprügelt“ worden.¹⁶

Der Boykott-Tag

Die Vorgänge in Kiel und Neumünster sind bereits im Kontext des reichsweiten Boykotts jüdischer Geschäfte, Rechtsanwaltskanzleien und Arztpraxen zu sehen, der am 26. März 1933 von der obersten Parteileitung der NSDAP beschlossen worden war. Der Boykott sollte „schlagartig“ zwar erst am „Samstag, den 1. April, Punkt 10 Uhr vormittags“ einsetzen, begann jedoch vielerorts schon einige Tage zuvor. Offiziell deklariert wurde die Aktion als „reine Abwehrmaßnahme“ gegen die angeblich von jüdischen Organisationen im Ausland verbreitete „Greuelhetze“, womit die kritische Berichterstattung über die nationalsozialistischen Gewalttaten in der auswärtigen Presse gemeint war.

Zur Koordination des Boykotts wurde ein „Zentralkomitee zur Abwehr jüdischer Greuel- und Boykott-Propaganda“ geschaffen, das die Bildung örtlicher „Aktionskomitees“ anordnete. Diese hatten umgehend festzustellen, „welche Geschäfte [...] sich in den Händen von Angehörigen der jüdischen Rasse befinden. Die Religion spielt keine Rolle. Katholisch oder protestantisch getaufte Geschäftsleute oder Dissidenten jüdischer Rasse sind im Sinne dieser Anordnung ebenfalls Juden.“¹⁷

„Die Aktionskomitees müssen bis in das kleinste Bauerndorf hinein vortrieben werden“, lautete die Anordnung der NSDAP-Führung vom 28. März 1933,¹⁸ der man auch in Schleswig-Holstein bereitwillig Folge leistete, wie Berichte von Föhr und aus Dithmarschen zeigen.¹⁹ Generalstabsmäßig vorbereitet wurde der Boykott selbst in Orten, in denen gar keine jüdischen Geschäftsleute ansässig waren, etwa in Schleswig. Dort hatte man bereits am Vortag „an alle Geschäfte und Gaststätten“ Plakate mit folgender Aufschrift zum Aushang verteilt: „Zur Abwehr der jüdischen Greuelhetze. Ich habe mich dem Boykott gegen das Judentum angeschlossen. Juden haben keinen Zutritt. Kein Deutscher kauft noch beim Juden.“ Wer

Deutscher! Das sind in Kiel Deine Feinde!

Allgemeiner Konsum-Verein
 Bata Schuhe, Holstenstr.
 Bebe, Strumpfbau, Holstenstr.
 Bekers, Renas, Wollwaren, Rebenstr.
 Berger, Salo, Buchhandlung, Schüllerperbau 14
 Berghoff, David, Biergroggbandlung, Mühlengrogg
 Berghoff, David, Schuhwaren, Rönigsberg 1
 Berlin, Jago (Goldmann), Dammtorbandlung, Holstenstr. 31
 B. rienthal, David, Schuhwaren, Dreuerstr. 9
 Berntsen, Bernh., Weißbrotbandlung, Nienstr. 108
 Bombach, Gebr., Wollwaren, Holstenstr. 72
 Brechmann, W., Wollwaren, Biergrogg, 34
 Brill, W., Schuhwaren, Verdenstr. Rönigsberg
 Ehrlich, Josef, „Kaiserkrone“, Breiter Weg
 Epa, Einheitspreis-Geschäft, Holstenstr. 55/57
 Etam, Strumpfbau, Holstenstr. 48/50
 Schönlauf, „Penold-Stuben“, Schloßgarten-Brandwiler Straße
 Oberfel, Müllersbühl, Schüllerperbau 13/15
 Goldberg, Textilwaren, Verdenstr. 21
 Goldstein, Poste, Tabak-Zigaretten, Wall 56
 Guraan, Louis, Handbühde, Holstenstr. 31
 Herzberg, Ch., Textilwaren, Ederndorferstr. 4
 Herzberg, J., Textilwaren, Verdenstr. 4
 Jirsch, W., Leibhaus, Fischerei 27
 Jirsch, W., Händler, Rebenstr. 21
 Jirsch, D., Diamantgeschäft, Obstr. 2
 Jirsch, Wendel, Schuhwaren, Faldstr. 2
 Jostenhaus (Goldmann), Holstenstr. 26
 Jonas, Elzst., Warenhaus, Holstenstr. 78, Heitner, c. Str.
 Jonas (Kebweg), Warenhaus, Angelnstr. 59
 Karstadt A.-G., Holstenstr.
 Rebau, Schnellimbils, Holstenstr.
 Koll, Michael, Warenwaren, Schloßgarten
 Lindor-Strumpfläden
 Meißbaum, C., Liebenhaus, Holstenstr.
 Meyer, Gailo, „Die Frau“, Färberei u. Reinigungsinstitut in allen Stadtteil
 Nagelberg, B., Textilwaren, Rüterstr. 1-3
 Nagelberg, B., Textilwaren, Dammt. 11
 Nierich, Emil, Herrenbekleidung, Holtenauerstr. 32
 Nierich, Emil, Herrenbekleidung, Ranzowstr., Ede Ederndorfer Straße
 Nielsen, Fritz und Fritz, Gepfundenblatt 21a
 Nielsen, C., Kurzwaren, Verdenstr. 2
 Nielsen, C., Kurzwaren, Rebenstr. 24
 Nielsen, A., Teppiche, Gardinen, Braunsfelderstr. 11a
 Schumm, Wollhandlung, Rebenstr. 16
 Tannenwald, Weißbrotbandlung, Schuhmacherstr.
 Tegg, Holstenstr.
 Wolmowich-A.-G., Holstenstr.
 Zabel, Ana., (Friedmann) Wollhandlung, Rebenstr. 8
 Schuhhaus Salamander, Holstenstr.
 = Herodes, Holstenstr.
 = General East, Holstenstr.
 = Kristinaold, Holstenstr.

Aufbewahren! Weitere Listen folgen.

Quelle: Volkskampf (Kiel) 30.3.1933

das Plakat nicht aushänge, drohte die NSDAP-Kreisleitung, werde am Montag seinen Namen in der Zeitung wiederfinden.²⁰

Wie in den *Schleswiger Nachrichten* zu lesen, „fehlte dieses Plakat in fast keinem Schaufenster“. Den Aushang verweigert und „damit ihr Zugehörigkeitsgefühl zum Judentum bewiesen“, heißt es in der angekündigten Anzeige der NSDAP-Ortsgruppe, hätten die Volksbuchhandlung und die Geschäfte des Konsumvereins, außerdem Schuhmachermeister Christian Witthöft und Rechtsanwalt Carl Schaefer.²¹ Mindestens im Fall der Anwaltskanzlei lagen die Dinge jedoch anders, als von der NSDAP dargestellt. „Weil ein Anwaltsbüro kein Schaufenster hat, war es gar nicht möglich, das Plakat nach außen sichtbar

Boykottliste aus der NS-Zeitung *Volkskampf* – ob alle genannten Geschäfte auch boykottiert wurden, ist unbekannt

anzubringen“, so Edith Reincke, eine ehemalige Angestellte der Kanzlei. „Das Plakat wurde also innerhalb des Büros für alle Besucher deutlich sichtbar an der Tür des Chefzimmers angebracht.“ Dass ihr Chef dann ungerechtfertigter Weise in der Zeitung angeprangert worden sei, habe „der Praxis erheblichen finanziellen Schaden“ zugefügt.²²

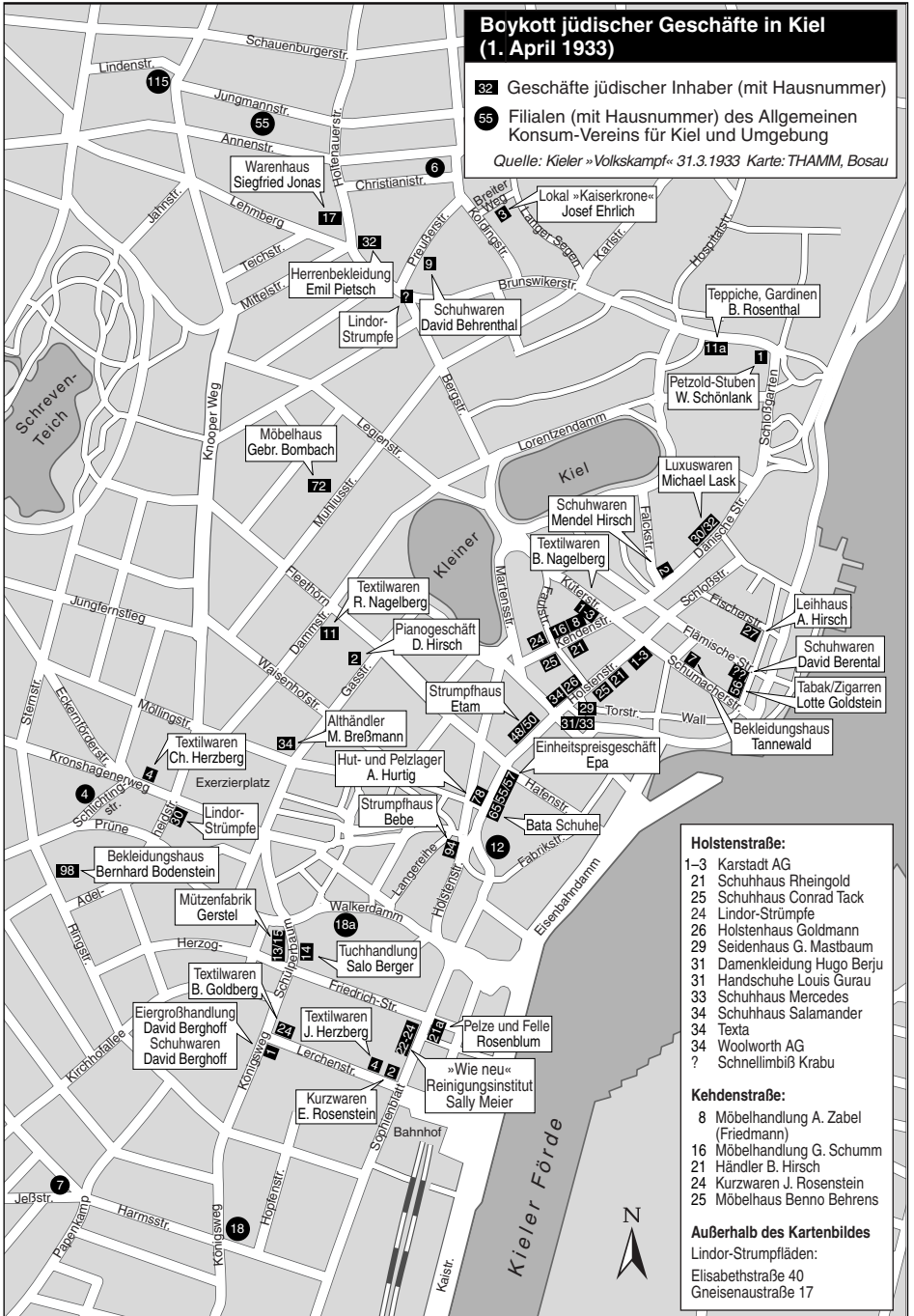
Während die „Aktionskomitees“ in den Kleinstädten Schleswig-Holsteins es bei allgemeinen Aufrufen zum Boykott beließen, wurden in den größeren Städten in der Regel Listen mit den Namen und Adressen der zu boykottierenden Firmen veröffentlicht. Laut zentraler Anordnung vom 28. März 1933 sollte sich der Boykott „ausschließlich gegen das deutsche Judentum“ wenden, und die „Aktionskomitees“ wurden „für den höchsten Schutz aller Ausländer ohne Ansehen ihrer Konfession oder Rasse“ verantwortlich gemacht.²³ Mindestens in Flensburg und in Kiel verzeichneten die Boykott-Listen jedoch auch die Namen aller ausländischen, in der Regel aus Osteuropa stammenden jüdischen Geschäftsinhaber.²⁴

Boykott jüdischer Geschäfte in Kiel (1. April 1933)

32 Geschäfte jüdischer Inhaber (mit Hausnummer)

55 Filialen (mit Hausnummer) des Allgemeinen Konsum-Vereins für Kiel und Umgebung

Quelle: Kieler »Volkskampf« 31.3.1933 Karte: THAMM, Bosau



Wenn dennoch die Ostjuden weniger vom Boykott betroffen wurden als die deutschen Juden, so war dies kaum der Rücksichtnahme auf ihren Status als Ausländer geschuldet. Vielmehr wirkte sich hier die Tatsache aus, dass viele der ostjüdischen kleinen Gewerbetreibenden sowieso kein Ladengeschäft hatten, sondern stattdessen einen Versandhandel oder ein Etagegeschäft in der eigenen Wohnung betrieben, so dass es keine Schaufensterfront gab, vor der die Boykottposten hätten Aufstellung nehmen können. Außerdem fand der Boykott an einem Samstag statt, also am jüdischen Sabbat, an dem die Mehrheit der Ostjuden ihre Geschäfte aus religiösen Gründen ohnehin nicht geöffnet hatte.²⁵

Aus Furcht vor Ausschreitungen waren an diesem Samstag ausnahmsweise auch einige der deutschjüdischen Geschäfte geschlossen. Während in solchen Fällen die Wachen bald wieder abgezogen wurden, blieben sie vor geöffneten Läden den gesamten Tag über in Stellung. Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, die Eingangstüren der Geschäfte durch „Plakate oder Tafeln mit gelbem Fleck auf schwarzem Grunde“ zu kennzeichnen, außerdem „dem Publikum bekannt zu geben, daß das von ihnen überwachte Geschäft jüdisch“ sei, und schließlich „vor dem Einkauf in diesem Geschäft zu warnen. Tätlich vorzugehen ist ihnen verboten“, so die zentrale Anweisung.²⁶

Dass diese keineswegs überall eingehalten wurde, zeigt der Lynchmord an Friedrich Schumm, wird aber auch an Übergriffen ohne tödlichen Ausgang deutlich. Als der Lübecker Berthold Katz seine Lederhandlung betreten wollte, schlug ihm ein SA-Mann „mit der Faust ins Gesicht“.²⁷ Die Kielerin Anna Herzberg wurde vor dem Textilgeschäft der Familie von SA-Leuten angepöbelt und „gegen die Wand geschleudert“.²⁸ Und über den Boykott des Kieler „Seidenhauses Mastbaum“ berichtet ein ehemaliger Angestellter: „Am 1. April wurde das Geschäft von etwa 8–10 SA-Leuten besetzt, die sich als Posten vor die Türen und den Fahrstuhl stellten, die Käufer aus dem Geschäftsraum drängten und auch die Passage räumten.“²⁹

Protestkäufer

Die Vorgänge bei Mastbaum verweisen darauf, dass es Bevölkerungskreise gab, die der Boykottaufrufung der NSDAP nicht nachgekommen waren. Zu diesen gehörte die damals 15-jährige Else Maria Blumberg aus Kiel-Gaarden, die am 1. April unterwegs war, um sich für ihre bevorstehende Konfirmation einzukleiden, unter anderem in dem Strumpf- und Wäschegeschäft „Lindor“, das in Gaarden eine Filiale hatte. „Lindor war jüdisch. Das habe ich als Kind nicht so gewusst“, erinnert sie sich. „Jedenfalls bin ich bei Lindor reingegangen. [...] Da habe ich mir meine Unterwäsche gekauft. [...] Ich komme wieder raus und wundere mich, dass da

Jüdische Reaktionen auf den Boykott vom 1. April 1933 (I)

Öffentlich zu dem Boykott Stellung nahmen, soweit bekannt, nur zwei jüdische Geschäftsleute, Willy Wolff und Walther Basch.

Der Elektromeister Walther Basch, der in Flensburg auf dem Holm die Firma „Nord-Radio“ betrieb, hatte seinen Laden am 1. April gar nicht erst geöffnet und dies per Schild im Schaufenster auch bekannt gegeben; dennoch wurden NS-Wachen davor postiert, und es kam zu Menschenansammlungen.³⁰ Am 3. April wandte sich Basch im Annoncenteil der *Flensburger Nachrichten* an seine „verehrte[n] Mitbürger“.

In der Anzeige verwies er einerseits auf seine Redlichkeit und Zuverlässigkeit als Handwerker, andererseits auf seine deutschnationale Gesinnung und seinen Einsatz für Deutschland während des Ersten Weltkriegs. In der Diktion erinnert das Schreiben an Verlautbarungen des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ aus dieser Zeit. Es zeugt von der trügerischen Hoffnung, „daß aufrechte und makellose vaterländische Gesinnung und Handlungsweise des deutschen Judentums baldige Aufhebung aller Schwierigkeiten für das deutsche Judentum bringen wird.“³¹

Selbstbewusster trat der Kaufmann Willy Wolff in Friedrichstadt auf. Als „deutscher Staatsangehöriger jüdischen Glaubens und Frontkämpfer“ richtete er einen Leserbrief an die *Friedrichstädter Zeitung*, der ebenfalls am 3. April veröffentlicht wurde. „Man beschuldigt uns, daß die Kampagne des Hasses und der Lügenhetze von den deutschen Juden ausgehe [...]. Gegen diese Beschuldigungen legen wir 565000 deutschen Juden vor ganz Deutschland feierliche Verwahrung ein. [...] Die deutschen Juden haben [...] sofort das Äußerste getan, um jede Beleidigung des Heimatlandes, jede Beschimpfung der Regierung, jede Schädigung der deutschen Volkswirtschaft unmöglich zu machen. Vor Gott und den Menschen stehen wir so gerechtfertigt da. Mit Würde und mit Mut werden wir die mitleidlosen Maßnahmen Deutscher gegen Deutsche auf eigener Heimerde zu ertragen wissen“, so Wolff. Wenig später erschien sein Name auf einer Liste der „besonders gefährlichen Staatsfeinde“.³²

Walther Basch wanderte 1937 in die USA aus. Willy Wolff wurde 1941 nach Minsk deportiert; er gilt als „verschollen“.

Sehr verehrte Mitbürger!

Meine Firma ist jüdisch. Ich denke, mich aber ebenfalls nicht gerade zu den schlechtesten Deutschen zählen zu dürfen, zumal ich als gebürtiger Hamburger mit meinen beiden Brüdern den Feldzug einige Jahre an der Front mit Auszeichnungen mitmachte — dieses erachte ich als reine Selbstverständlichkeit — trotzdem ich Gelegenheit hatte, mich reklamieren zu lassen. Von Beruf Handwerker (Elektro- und Funkspezialist) stellte ich mein ganzes Können stets in den Dienst meiner Kundschaft und hatte vor einiger Zeit treudig und unbeeinflusst die Gelegenheit ergriffen, einem meiner Kunden in Mexico in bestem deutschen Sinne den empörenden ausländischen Greuelmärchen aufklärend entgegenzutreten. Ich versichere **eidesstattlich**, daß Obiges den Tatsachen restlos entspricht. — Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, irgendwelche regierungsseltigen Maßnahmen gegen uns Juden zu widerlaufen zu lassen, sondern lediglich Aufschluß über meine Person Jedermann zu geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Elektromeister Walther Basch

i. Fa.: **NORD-RADIO Holm 9**



Quelle: Privatarchiv Bernd Philippsen, Flensburg

Boykottposten vor den Läden der Familie Eichwald in der Mühlenstraße 36 in Kappeln

zwei Soldaten mit Gewehr links und rechts stehen. Ich habe mir nichts bei gedacht [...], da bin ich fotografiert worden.“³³ Während Else Maria Blumberg unwissentlich ins Visier der Nationalsozialisten geriet, betonen viele der jüdischen Überlebenden, dass es auch Menschen gegeben habe, die ganz bewusst gerade am Boykott-Tag jüdische Geschäfte aufgesucht hätten, „nur um uns zu sagen, daß der Boykott nicht ihrer Denkweise entspräche.“³⁴

Über eine besonders spektakuläre Geste der Solidarität weiß Johnny Blunt zu berichten, dessen Familie in Kappeln ein Schuh- und ein Tabakwarengeschäft führte. „On this day my father did more business than on a normal day“, so Blunt, der damals noch John Eichwald hieß, „and while I was watching from an upstairs window I saw this farm wagon with two horses draw up and the horses & wagon mounted the pavement and went over the [boycott] sign, breaking it, then he reversed to go over the sign again. We found out later that everybody who entered our shop on that day was secretly photographed from a house on the other side of the street. The man who had been driving the horses was the following week badly beaten up coming out of a dance at the Hueholz.“³⁵

Neben solch individuellen sind auch kollektive Proteste gegen den Boykott überliefert, die offenbar von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Kommunisten organisiert wurden. Indirekt, in verzerrter Form, haben sie ihren Niederschlag in der Presse gefunden. „Vor der ‚Epa‘ hatte sich gegen 10 Uhr eine große Menschenmenge versammelt“, die durch herbeigerufene „Polizeibeamte und Hilfspolizisten“ zerstreut worden sei, so die *Elmsborner Nachrichten* vom 1. April. Verhaftet habe man „zwei Personen. Ein Mann hatte einen SA-Mann [...] belästigt. [...] Ein anderer Mann hatte versucht, ein Judenplakat abzureißen.“³⁶ Von einer „unübersehbare[n] Menschenmenge“ im Stadtzentrum bei Boykottbeginn berichtete auch der *Holsteinische Courier* aus Neumünster. „Da die Ansammlungen bedrohliches Ausmaß annahmen“, so die Zeitung, „erschien bald die Polizei“.³⁷

Deutlicher wurden die Berichte über den Verlauf des Boykott-Tags in Lübeck und Itzehoe. „Vor dem Ramschladen ‚Union‘ hatten sich gegen 10 Uhr etwa 400 bis 500 Personen eingefunden, die sich den Aufforderungen der Polizeibeamten widersetzen, so daß die Polizei und SS die raulustigen Elemente mit dem Gummiknüppel auseinandertreiben mußte“, schrieb die *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* über Itzehoe.³⁸ Und aus Lübeck berichtete der örtliche *General-Anzeiger*: „Am gestrigen Vormittag herrschte [...] ein riesiger Verkehr. In den hin- und herflutenden Massen sah man viele Menschen, die offensichtlich nicht übel Lust hatten, ein wenig im Trüben zu fischen. [...] Als das Gedränge in der Breiten Straße immer größer wurde, durchfuhr das Überfallkommando der nationalsozialistischen Motorstaffel die Hauptstraßen, eine Maßnahme, die [...] viel zur

Jüdische Reaktionen auf den Boykott vom 1. April 1933 (II)

Auch unter dem Eindruck des Boykotts glaubte die Mehrheit der Juden noch an eine Wendung zum Besseren. Eine Minderheit verließ jedoch Deutschland, darunter die Familien Jonas und Landau.

Der Lübecker Dr. Leo Landau, der als Vorsitzender der jüdischen Gemeinde wie als Rechtsanwalt und Notar hohes Ansehen in der Hansestadt genoss, hatte am 1. April 1933 eigentlich sein 25-jähriges Anwaltsjubiläum begehen wollen. Stattdessen musste er mit ansehen, wie vor seiner Kanzlei Boykottposten Aufstellung nahmen. „Er beschloss, [...] sich ähnlich beschämender Behandlung nicht mehr auszusetzen“, heißt es in den „Erinnerungen“ seiner Frau Charlotte.³⁹ Schon am Abend des 4. April verließ die Familie Lübeck, um nach Palästina auszuwandern. „Als ich mich [...] von einigen wenigen nichtjüdischen Bekannten und Freunden verabschiedete, warnten diese [...] mich vor einem ‚so voreiligen Schritt‘, und ein deutschnationaler Oberregierungsrat sagte mir unter vier Augen: ‚Wollen Sie wirklich Ihre gute Praxis im Stiche lassen? Glauben Sie denn, dass dieser Unsinn länger als einige Wochen dauern kann?‘ Auch die meisten unserer jüdischen Freunde glaubten, wir hätten den Kopf verloren“, so Leo Landau. „Wir ließen uns aber nicht beirren, weil wir die Dinge nüchtern sahen“.⁴⁰

Auf Unverständnis traf auch der Kieler Kaufhausbesitzer Alfons Jonas, als er ungeachtet des eindrucksvollen Loyalitätsbeweises von Seiten der Gaardener Arbeiter noch am Boykott-Tag den Entschluss zur schnellstmöglichen Auswanderung fasste. Das Unverständnis war umso größer, als Jonas – im Unterschied zu Landau – kein überzeugter Zionist war. Dennoch wanderte die Familie Anfang 1934 nach Palästina aus. „Auch ich konnte nicht wissen, was mit uns Juden in Deutschland geschehen würde“, schrieb Jonas später, „aber ich war immer ein guter Deutscher gewesen und war einfach aufs tiefste gekränkt, dass ich ein Mensch II. Klasse sein sollte“.⁴¹

Beruhigung der Linksradikalen Beitrag. Nach altem Rezept wurden vielfach Frauen vorgeschickt, die Unruhen anzetteln sollten. Sie suchten sich hierzu vorwiegend die Einheitspreisgeschäfte aus. Vor dem Globus-Geschäft waren die Ansammlungen von Linksradikalen besonders groß. Hier wurde schließlich durch die Festnahme einiger Hetzer die Ruhe wiederhergestellt.“⁴²

Zu tumultartigen Szenen kam es auch in Flensburg, wo sich „eine Anzahl radaulustiger Elemente“, so die *Flensburger Nachrichten*, „vom Norden der Stadt“ – also aus den Arbeitervierteln – „ins Geschäftsviertel



Boycott des Geschäftes von Else Blumann in der Kronprinzenstraße 3 in Rendsburg

begeben und [...] in dichter Menge vor dem Kaufhaus Wohlwert Aufstellung“ genommen hatte. „Beim Erscheinen der SA und SS setzte unter der Menge eine Unruhe ein. Die politischen Gegner suchten dadurch zu provozieren, daß sie sich in die Geschäftsräume von Wohlwert hineindrängten. Um die Sicherheit nicht zu gefährden, mußte das Gitter vor dem Eingang vorgezogen werden“, heißt es in dem Bericht weiter.⁴³ Laut Schimon Monin, dessen Schwester bei „Wohlwert“ arbeitete, ließen sich die Protestkunden dadurch jedoch nicht einschüchtern: Statt durch die Vorder-seien sie jetzt durch die Hintertür gekommen.⁴⁴ „Dank des ruhigen und besonnenen Vorgehens der Braunhemden kam es zu keinen ernstlichen Zwischenfällen“, resümierten die *Flensburger Nachrichten*.⁴⁵ Die örtliche NS-Zeitung *Volkskampf* hielt sich nicht an diese gängige Sprachregelung: „kommunistische Elemente“ hätten „zu provozieren“ gesucht. „Aber kräftige Arbeiterfäuste fuhren ihnen über das freche Lästermaul und ließen jeden, den es anging, höchst real und derb körperlich spüren, daß ein frischer Wind durch die Straßen und durch unsere Zeit weht.“⁴⁶

Anders gestalteten sich die Kräfteverhältnisse offenbar im Kieler Arbeiterviertel Gaarden, wo der gebürtige Hamburger Alfons Jonas in der Elisabethstraße ein großes Einheitspreisgeschäft betrieb. Um Unannehmlichkei-

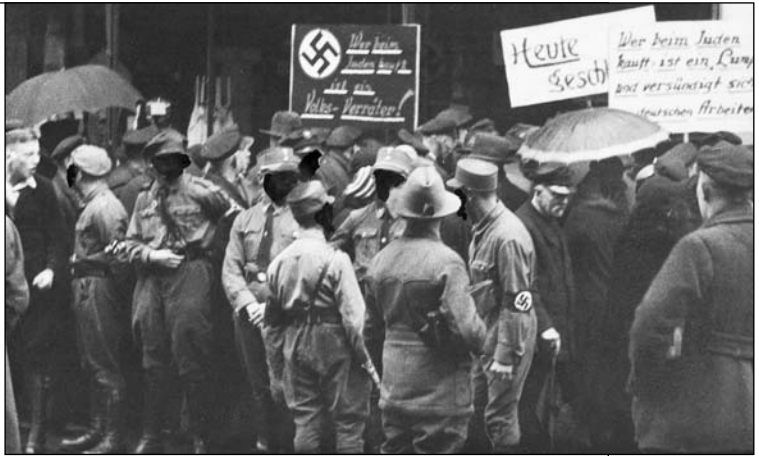


Foto: Wilhelm Haarnemann/Stadarchiv Flensburg

Boycott des Elektrogeschäftes „Nord-Radio“ von Walther Basch in Flensburg auf dem Holm 9

ten zu vermeiden, hatte Jonas sein Geschäft am Boykott-Tag eigentlich nicht öffnen wollen. Tags zuvor seien jedoch Kunden zu ihm gekommen, „die entweder den Gewerkschaften oder der SPD oder den Kommunisten angehörten“ und die ihm versichert hätten, dass sie am 1. April „schon ganz früh zu Tausenden kommen und kaufen und gar keinen SA-Mann an das Geschäft heranlassen“ würden, heißt es in seiner Autobiografie.

„Und so war es. Am nächsten Morgen standen schon um 6 Uhr früh Tausende Menschen vor unserem Geschäft, das eine Front von 85 Metern hatte, und die SA hatte sich auf die gegenüberliegende Seite verzogen. Sobald das Geschäft eröffnet wurde, stürmten die Kunden herein“.⁴⁷ Gekauft hätten sie „nicht viel, das konnten sie sich gar nicht leisten“, erinnert sich Sohn Rolf Jonas⁴⁸ und bestätigt damit die Aussage eines ehemaligen Reichsbannermannes, der an einer vergleichbaren Solidaritätsaktion vor dem Schuhgeschäft der Familie Gortatowski in Rendsburg beteiligt war. „Wir sind rein in das Geschäft, die leeren Kartons untern Arm geklemmt und rausgeholt“, so Herr P., „wir wollten ja nur zeigen, daß wir trotzdem gekauft haben.“⁴⁹



Der Boykott in der Erinnerungspolitik

1983 wurde im Flensburger Städtischen Museum eine Ausstellung eröffnet, die „Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus“ zum Gegenstand hatte und vom „Flensburger Arbeitskreis für Stadt- und Regionalforschung“ in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte konzipiert worden war. Während ihrer zweimonatigen Laufzeit zählte die Ausstellung über 10.000 Besucher.⁵⁰

Zu den Exponaten, die auf besonders großes Interesse trafen, gehörte eine Aufnahme des Berufsfotografen Wilhelm Hannemann, die den Boykott des Elektrogeschäfts „Nord-Radio“, Inhaber Walther Basch, am 1. April 1933 zeigt. „So ein Sachverhalt betrifft einen Jugendlichen natürlich doch sehr stark“, so Hans Peter Toft im Dezember 1983 in der Schülerzeitung des Fördegymnasiums, „denn hier wird einmal nicht versucht, mit Hilfe von abstrakten Zahlen die Grausamkeit der sogenannten Endlösung darzustellen, hier wird ein Einzelschicksal erarbeitet, von dem auch unsere Großeltern damals gewußt haben mußten“.⁵¹

Wie Gerhard Paul in Gesprächen mit Augenzeugen erfuhr, zog das Foto ebenfalls viele ältere Ausstellungsbesucher magisch an, die sich „zum Teil [...] mit Vergrößerungsgläsern“ ausgestattet hatten. „Das schien den Ausstellungsmachern dann doch zuviel Nähe zu sein. Kurzerhand entschied man sich, die Gesichter der deutlich identifizierbaren Personen mit einem Filzstift einzuschwärzen“, so Paul. In dem zeitgleich zur Ausstellung erschienenen Begleitband bedurfte es solcher Manipulationen nicht; für diesen hatte man nämlich eine qualitativ so schlechte Reproduktion des Fotos als Vorlage verwandt, „dass weder die Personen noch die Inschriften der Boykott-Schilder zu erkennen waren.“⁵²

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es in der Untersuchungsregion am 1. April 1933 überall dort, wo die organisierte Arbeiterbewegung stark verankert war, zu Demonstrationen gegen den antijüdischen Boykott und damit gegen die nationalsozialistische Politik kam. Die Demonstrationen nahmen die Form von Protestkäufen an, wobei hierfür bevorzugt Einheitspreisgeschäfte ausgewählt wurden, sofern es solche in jüdischem Besitz vor Ort gab. Die Konzentration auf die Einheitspreisgeschäfte dürfte auf mindestens drei Faktoren zurückzuführen sein. Erstens handelte es sich bei diesen um größere und zentral gelegene Geschäfte, womit wesentliche Voraussetzungen für eine öffentlichkeitswirksame Aktion gegeben waren. Zweitens standen die Einheitspreisgeschäfte – neben den Warenhäusern – im Zentrum der antisemitischen Agitation der Nationalsozialisten, und drittens stellten sie – wegen ihres niedrigen Preisniveaus – eine der Haupteinkaufsquellen für die Arbeiterschaft dar, aus deren Reihen sich die Träger des Protests rekrutierten. Was der *General-Anzeiger* für Lübeck berichtete, galt laut sozialdemokratischen Zeitzeugen generell: In vorderster Reihe bei den Aktionen standen überall die Frauen, die ja ohnehin üblicherweise die Einkäufe für die Familien tätigten.⁵³

Protestkäufe der beschriebenen Art sind auch aus anderen Teilen des Deutschen Reiches überliefert. Ob sie dort in der Dichte auftraten, wie dies in Schleswig-Holstein der Fall war, müsste erst noch systematisch erforscht werden. Sowohl die Häufigkeit, mit der diese Demonstrationen im Untersuchungsraum durchgeführt wurden, als auch deren Gleichförmigkeit deuten auf zentrale – oder mindestens regionale – Absprachen hin, auch wenn Quellen, die solche belegen würden, nicht zu ermitteln waren.

Die Nationalsozialisten jedenfalls rechneten mit einer Gegenwehr der Arbeiterbewegung, und sie bauten dieser auf perfide Weise vor. Unter dem Titel „Vorsicht vor kommunistischen Provokateuren“ meldeten die *Flensburger Nachrichten*: „Aus verschiedenen Teilen Deutschlands sind beim Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze Meldungen eingelaufen, wonach von seiten der Kommunisten beabsichtigt wird, am Sonnabend bei der Abwehraktion jüdische Geschäfte zu plündern und die Schaufenster einzuschlagen. Das Zentralkomitee hat die Behörden ersucht, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.“⁵⁴

Aus der Rückschau betrachtet, lassen sich die Aktionen vom 1. April 1933 als letzte öffentliche Auseinandersetzung der bereits sehr geschwächten Arbeiterbewegung mit dem an die Macht gelangten Nationalsozialismus interpretieren. Man sollte sie nicht unterbewerten, wie dies in der Literatur bisweilen geschieht,⁵⁵ aber ebenso wenig überbewerten. Denn erstens fand der Boykott-Tag gerade zwei Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme statt, als sich das neue System längst noch nicht

konsolidiert hatte, und zweitens repräsentierte die Arbeiterbewegung, die ohnehin bald weitestgehend zerschlagen wurde, nur eine Minderheit der Bevölkerung. „Im Großen und Ganzen aber verhielt sich die Bevölkerung passiv“, so die Beobachtung des Lübecker Gemeindevorsitzenden Dr. Leo Landau.⁵⁶ Als es zwei Jahre später erneut zu antisemitischen Ausschreitungen im großen Stil kam, gab es keine öffentlichen Solidaritätsbekundungen mit den bedrängten jüdischen Geschäftsleuten mehr.

Anmerkungen

Dieser Aufsatz basiert auf einem Teilkapitel meiner kurz vor dem Abschluss stehenden Studie über „Die jüdische Minderheit in Schleswig-Holstein 1918–1945“ (Arbeitstitel).

1. Arthur B. Posner, Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde und der jüdischen Familien in Kiel (Schleswig-Holstein), unveröff. Typoskript, Jerusalem 1951–1954, S. 256, Central Archives for the History of the Jewish People, P 40, Nr. 7a. – Ausführlich zu dem Mordanschlag siehe Volker Jakob, Wilhelm Spiegel 1876–1933. Ein politisches Leben – Ein ungesühnter Tod. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 77 (1993), S. 109-140.
2. So ein beteiligter SS-Mann 1946 bei seiner Vernehmung, zit. nach Dietrich Hauschildt, Vom Judenboykott zum Judenmord. Der 1. April 1933 in Kiel. In: Erich Hoffmann/Peter Wulf (Hg.), „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Neumünster 1983, S. 349.
3. Zit. nach ebenda, S. 352.
4. Volker Jakob, Wilhelm Spiegel, S. 114ff. u. 122ff.
5. Frank Bajohr, Verfolgung aus gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive. Die wirtschaftliche Existenzvernichtung der Juden und die deutsche Gesellschaft. In: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 631.
6. Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. München/Zürich 1998, S. 27.
7. Heinrich Uhlig, Die Warenhäuser im Dritten Reich. Köln/Opladen 1956, S. 209.
8. *Holsteinischer Courier*, 13. u. 28.3.1933, zit. nach: Neumünster im Zeichen des Hakenkreuzes. Eine Dokumentation, hg. vom Arbeitskreis „Machtergreifung“ der Volkshochschule Neumünster unter Leitung von Hartmut Kunkel u. Alfred Heggen. Neumünster 1983, S. 184.
9. Siehe *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung*, 14.3.1933; Regina König, „...wohl nach Amerika oder Palästina ausgewandert“. Der Exodus jüdischer Familien aus dem Kreis Steinburg nach 1933. In: ISHZ 29 (1996), S. 24.
10. Typosript o. J. im Nachlass von Jonni Hirsch (1889–1976 Kiel), Archiv der Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg (JSHA), Slg. Hauschildt-Staff 1.
11. Zit. nach: Neumünster im Zeichen des Hakenkreuzes, S. 184.
12. „Rendsburger SS-Männer im Kampf um die Macht“, Archiv des Jüdischen Museums Rendsburg.
13. Archiv des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg, Z 846 – 1, Bl. 5.
14. *Kieler Neueste Nachrichten*, 30.3.1933.
15. Aussagen Regina Greenbaum, geb. Bodenstein (New York), v. 25.4.1982 u. Bruno Hirsch (Cleveland, OH) v. 13.6.1982, JSHA, Slg. Hauschildt-Staff 2. – Emil Pietsch (*1866 Lissa/Posen) wurde am 14.2.1943 im Zwangsghetto Theresienstadt ermordet; Karl Pietsch (1893 Kiel – 1981 Heiligenhafen) überlebte die NS-Zeit untergetaucht in Belgien; Datenpool der Forschungsgruppe „Juden in Schleswig-Holstein“ an der Universität Flensburg (JSHD).
16. *Volkskampf* (Kiel), 31.3.1933.
17. Ausführungsbestimmungen des Zentral-Komitees v. 30.3.1933, zit. nach: Neumünster im

Zeichen des Hakenkreuzes, S. 185. – Zur Vorbereitung und Funktion des Boykotts siehe u. a. Longerich, Politik, S. 30ff.

18. Zit. nach Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich. Berlin 1964, S. 69.

19. Siehe *Föhrer Zeitung*, 3.4.1933; Marie-Elisabeth Rehn, Heider gottsleider. Kleinstadtleben unter dem Nationalsozialismus. Eine Biographie. Basel 1992, S. 38.

20. *Schleswiger Nachrichten*, 31.3. u. 3.4.1933. – Derartige Plakate wurden auch in Friedrichstadt in den nichtjüdischen Geschäften ausgehängt; *Husumer Nachrichten*, 3.4.1933.

21. *Schleswiger Nachrichten*, 3.4.1933.

22. Edith Reincke, Ein antijüdisches Plakat. In: Gesprächskreis Erzählte Geschichte (Hg.), Schleswig im Nationalsozialismus. Schleswig 1998, S. 14. – Volksbuchhandlung und Konsumverein waren sozialdemokratisch orientiert; welche Motive Witthöft (1863–1946) leiteten, konnte nicht ermittelt werden.

23. Zit. nach Scheffler, Judenverfolgung, S. 68.

24. Siehe Bettina Goldberg, Juden in Flensburg. Flensburg 2006, S. 61f.; Hauschildt, Judenboykott, S. 342ff.; *Volkskampf* (Kiel) 31.3.1933.

25. Siehe Bettina Goldberg, Samstags nie!? Zur Sabbatruhe im ostjüdischen Kleinhandel. In: Andreas Brämer u. a. (Hg.), Aus den Quellen. Beiträge zur deutsch-jüdischen Geschichte. München/Hamburg 2005, S. 61-67. – Dagegen waren im „Berliner Scheunenviertel, in Dortmund, Duisburg und auch in Sachsen [...] die ostjüdischen Ladenbesitzer [...] der organisierten Brutalität des ‚Volkszorns‘ am stärksten ausgesetzt“; Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943. Frankfurt/Main 1988, S. 28.

26. Ausführungsbestimmungen des Zentral-Komitees v. 30.3.1933, zit. nach: Neumünster im Zeichen des Hakenkreuzes, S. 185.

27. Josef Katz, Erinnerungen eines Überlebenden. Kiel 1988, S. 13.

28. Mira Avrech, Reise in die Kindheit. In: Jüdische Gemeinde Hamburg (Hg.), Zwischen gestern und heute. Erinnerungen jüdischen Lebens ehemaliger Schleswig-Holsteiner. Heide 1991, S. 28.

29. Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, Abt. 352 (Kiel), Landgericht Kiel, Nr. 8731. – Das Geschäft befand sich im Besitz von Paul Leven (1879 Krefeld – 1961 London); JSHD.

30. Siehe Goldberg, Juden, S. 63.

31. Telegramm Centralverein Berlin an Kieler Ortsgruppe, zit. nach *Kieler Neueste Nachrichten*, 1.4.1933.

32. „Widerstand im Dritten Reich“. In: Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Friedrichstädter Stadtgeschichte 19 (1981), S. 118.

33. Gelebte Zeit. Alltag von Kindern und jungen Erwachsenen in den 20er, 30er und 40er Jahren. Erinnerungen und Fotografien aus Kiel-Gaarden, hg. von der Volkshochschule der Landeshauptstadt Kiel, Kiel 2004, S. 44. – Dass die Nationalsozialisten Kunden jüdischer Läden fotografierten, um diese dann öffentlich an den Pranger zu stellen, ist auch für Neumünster, Segeberg und Kappeln überliefert, außerdem für Lübeck, wo sogar ein Film über den Boykott gedreht und mehrfach aufgeführt wurde; *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung*, 1.4.1933; Torsten Mußdorf, Die Verdrängung jüdischen Lebens in Bad Segeberg im Zuge der Gleichschaltung 1933–1939. Frankfurt/Main 1992, S. 101f.; *Lübecker General-Anzeiger*, 21., 23., 26. u. 29.4.1933; siehe auch weiter unten.

34. Leo Bodenstern, Und plötzlich mußte ich englisch reden... Warum ein Kieler Amerikaner wurde. Kiel 1991, S. 42. – Siehe auch Notizen Dietrich Hauschildt über ein Gespräch mit Leo Metzger (New York) v. 18.4.1982, JSJA, Slg. Hauschildt-Staff 3; Interview der Verf. mit Yehuda Offen (Tel Aviv) v. 23.3.1997; Posner, Zur Geschichte, S. 267; Sigrun Jochims, Dokumente zur Geschichte der Gebrüder Lask. In: ISHZ 17 (1989), S. 20.

35. Lebenserinnerungen von Johnny Blunt (1923 Kappeln – 1989 London), unveröff. TS, London o. J., Privatarchiv Bernd Philippsen (Flensburg). – Siehe auch Bernd Philippsen, Zwischen Integration und Deportation. Die Lebens- und Leidensgeschichte der jüdischen Familie Eichwald in Kappeln. In: Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln 63 (1999), S. 129ff.

36. Zit. nach Harald Kirschinnck, *Juden in Elmshorn*. Teil 1: Diskriminierung, Verfolgung, Vernichtung. Elmshorn 1996, S. 36f.; siehe auch *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung*, 5.4.1933.
37. *Holsteinischer Courier*, 1.4.1933, zit. nach: Neumünster im Zeichen des Hakenkreuzes, S. 186.
38. *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung*, 2.4.1933.
39. Charlotte Landau-Mühsam, *Meine Erinnerungen*, unveröff. Typoskript, Haifa 1951, S. 51, Leo Baeck Institute Archives, New York: Landau-Mühsam Collection, ME 381.
40. Leo Landau, *Rückschau auf mein Leben bis zu meiner Auswanderung aus Deutschland*, 1880–1933, unveröff. Typoskript, [Haifa] 1950, S. 19, ebenda: Leo Landau Collection, AR 7287.
41. Alfons Jonas, *Erinnerungen*, unveröff. Typoskript, Haifa 1961–1972, Privatbesitz Rolf Jonas (Tel Aviv).
42. *Lübecker General-Anzeiger*, 2.4.1933. – Das Einheitspreisgeschäft „Globus“ gehörte Joseph Jacoby (1887 Hohensalza/Posen – 1947 Tel Aviv); JSHD.
43. *Flensburger Nachrichten*, 1.4.1933.
44. Interview der Verf. mit Schimon Monin (Tel Aviv) v. 17.3.1997. – Zum Einheitspreisgeschäft „Wohlwert“ von Alfred Leopold (1906 Barchfeld/Werra – 1964 Århus) siehe Goldberg, *Juden*, S. 52, 61f. u. 69f.
45. *Flensburger Nachrichten*, 1.4.1933.
46. *Volkskampf* (Flensburg), 8.4.1933.
47. Jonas, *Erinnerungen*.
48. Interview der Verf. mit Rolf Jonas (Kiryat Bialik) v. 10.3.1997. – Nach Rolf Jonas haben am Boykott-Tag zwar nicht Tausende, wohl aber „viele Hunderte“ ihre Solidarität bewiesen.
49. Zit. nach Rolf Schwarz, *Diskriminiert, verfolgt, ermordet! Anmerkungen zum Schicksal der Rendsburger Juden*. In: Kurt Hamer u. a. (Hg.), *Vergessen und verdrängt. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde*. Eckernförde 1984, S. 213. – Zur Familie Gortatowski siehe Gerhard Paul/Bettina Goldberg, *Matrosenanzug – Davidstern. Bilder jüdischen Lebens aus der Provinz*. Neumünster 2002, S. 239ff.
50. *Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus*. Resümee einer Ausstellung, zusammengestellt von Dieter Pust. Flensburg 1984, S. 9 u. 27.
51. Zit. nach ebenda, S. 31f.
52. Gerhard Paul, *Der Judenboykott vom 1. April 1933*. Vom Originalbild zur Retusche – Etappen der lokalen Erinnerungspolitik. In: Jürgen Matthäus/Klaus-Michael Mallmann (Hg.), *Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart*. Darmstadt 2006, S. 300ff.
53. Siehe Franz Osterroth, *100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein*. Ein geschichtlicher Überblick. Kiel o. J., S. 109.
54. *Flensburger Nachrichten*, 1.4.1933.
55. Siehe z. B. Joachim Meynert, *Was vor der „Endlösung“ geschah*. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg 1933–1945. Münster 1988, S. 81.
56. Landau, *Rückschau*.

Die Autorin

Bettina Goldberg, Dr. phil., Lehrbeauftragte und Habilitandin am Institut für Geschichte und ihre Didaktik der Universität Flensburg. Zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen und amerikanischen Sozial-, Bildungs- und Minderheitengeschichte, darunter Schulgeschichte als Gesellschaftsgeschichte (Berlin 1994), *Matrosenanzug – Davidstern. Bilder jüdischen Lebens aus der Provinz* (zus. m. Gerhard Paul, Neumünster 2002), *Juden in Flensburg* (Flensburg 2006). Derzeitiger Forschungsschwerpunkt: die jüdische Minderheit in Schleswig-Holstein (1918–1945).